

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 21. Dezember 2011

Vorlagen-Nr. 11-V-04-0010

Schienegebundener ÖPNV in Wiesbaden und der Region

Beschluss Nr. 0786

I.

1. Die laufenden Untersuchungen des Stadtentwicklungsdezernates zur Einführung eines schienegebundenen ÖPNV-Systems für Wiesbaden werden ausdrücklich begrüßt. Die Erfahrungen anderer Städte haben gezeigt, dass ein solches eine zukunftsweisende und gleichzeitig umweltfreundliche, hochakzeptierte und nachhaltige Lösung aktueller und künftiger Verkehrsprobleme sein und gerade ein Schienensystem Menschen zum Umstieg vom Auto auf den ÖPNV bewegen kann.
2. Der Magistrat wird gebeten
 - a. die laufenden Untersuchungen zum Projekt schienegebundener ÖPNV durch eine breite, professionell unterstützte Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten. Die Untersuchungsergebnisse sollen z. B. durch Bürgerversammlungen, Informationsbroschüren, Informationsveranstaltungen für die betroffenen Ortsbeiräte sowie eine Informationswebseite in eine professionelle Kommunikationsstrategie eingebunden werden.
 - b. die Vor- und Nachteile des schienegebundenen Verkehrssystems gegenüber alternativen ÖPNV-Systemen (z. B. Busverkehr) in Bezug auf Mobilität, Umweltaspekte, Attraktivität des Stadtbildes, Straßenraum und Nutzungskapazitäten vergleichend untersuchen zu lassen sowie den dazu notwendigen Investitionsbedarf darzustellen.

II.

1. Die Entscheidung nach Vorlage des Konzeptes erfolgt stufenweise in Abhängigkeit der jeweiligen Meilensteine im Hinblick auf die Investitions- und Finanzierungskosten. Solche Meilensteine sind v.a.
 - eine Förderzusage von ca. 85% der Gesamtkosten der Infrastruktur
 - die Realisierbarkeit des städtischen Anteils in zukünftigen städtischen Haushalten und ggf. weiteren Punkten.

Für eine Entscheidung zum Konzept eines Wiesbadener Schienenverkehrssystems (Arbeitstitel) sind folgende Unterlagen zu erarbeiten:

- Detaillierter Investitionsplan
- Jährliche Betriebskosten
- Überprüfung der Förderungsmöglichkeiten und -bedingungen des Landes und des Bundes
- Meilensteine der Umsetzung

-
- Zeitplan
 - Finanzierungsmöglichkeiten
 - Haushaltswirkung
 - Inhaltlicher und terminlicher Ablaufplan zur weiteren Bearbeitung des Projektes bis zum Erreichen des Planfeststellungsbeschlusses
 - Vorschlag der organisatorischen gesellschaftsspezifischen Umsetzung
1. Für die Erarbeitung der unter *Ziffer 1* aufgeführten Unterlagen *stellt* Dezernat IV/ ESWE Verkehr einen Betrag von 200.000 € *üpl.* im Jahr 2011 *bereit*. Die Deckung erfolgt innerhalb des Dezernatsbudgets. Dezernat I / 20 wird mit der haushaltsrechtlichen Umsetzung beauftragt.
 2. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich nachdrücklich für eine transparente Planung, eine breite Bürgerbeteiligung und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit beim Projekt Wiesbadener Schienenverkehrssystem aus.
 3. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt daher Dezernat IV, im ersten Quartal 2012 die Vorbereitungen zu treffen zur Einarbeitung des Projektes in den lokalen Nahverkehrsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden und zur Anmeldung des Projektes in die Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplans beim Rhein-Main-Verkehrsverbund sowie zur Beschlussfassung vorzulegen.
 4. Es wird Kenntnis genommen von den aktualisierten Daten der ersten Betriebsstufe eines Wiesbadener Schienenverkehrssystems auf dem Streckenabschnitt Kohlheck / Klarenthal - Innenstadt - Hauptbahnhof - Hasengartenstraße - Anna-Birle-Straße.
 5. Der Magistrat (Dezernat IV) wird beauftragt, zu prüfen, ob für das o.g. Projekt EU-Fördermittel beantragt werden können.
 6. In der Begründung zur Vorlage ist unter 5. „Wirkungen auf das ÖPNV-Angebot insgesamt und den MIV“ im ersten Satz „wie folgt“ zu streichen.

(Punkte II. antragsgemäß Magistrat 08.11.2011 BP 0836); Punkte I. ergänzt durch Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr 06.12.2011 BP 0249

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2011

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .12.2011

1. Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernate I/20
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister